

## Presseinformation

### **Banken-Tarifverhandlungen vertagt – Arbeitgeber: Verdi verweigert starke Variabilisierung bei der Vergütung im Vertrieb**

#### **Chancengleichheit mit den Genossenschaftsbanken gefordert**

Frankfurt/Main, 1. Juli 2008. Die Tarifverhandlungen für das private und öffentliche Bankgewerbe sind am Dienstag ergebnislos auf den 22. Juli 2008 vertagt worden. Vor allem beim zentralen Sachthema, der stärkeren Entgelt-Variabilisierung im Vertrieb, gab es keine Annäherung, teilten die Banken-Arbeitgeber nach der zweiten Gesprächsrunde in Frankfurt mit. „Solange bei den Sachthemen keine Chance auf Einigung in Sicht ist, können wir nicht über Entgeltanhebungen reden – wir verhandeln ein Gesamtpaket“, sagte Heinz Laber, Banken-Verhandlungsführer und Vorsitzender des AGV Banken.

Nach Auffassung der Arbeitgeber verhindert Verdi mit ihrer Verweigerungshaltung die Fortentwicklung des Vergütungssystems und damit insbesondere eine leistungsgerechte Vergütung im Vertrieb. Laber: „Unser Ansatz für ein modernes Vergütungssystem im Vertrieb schafft bewusst Leistungsanreize – es ist definitiv kein Kostensparprogramm.“ Die Genossenschaftsbanken hätten heute schon deutlich größere Variabilisierungsspielräume bei der Vergütung im Vertrieb. Die Folge sei ein deutliches Ungleichgewicht im Wettbewerb. „Hier fordern wir Chancengleichheit“, sagte Laber.

Konkret fordern die Arbeitgeber, die Entgelte für Vertriebsmitarbeiter stärker zu variabilisieren. Dazu soll die Höhe des Budgets, das für die Variabilisierung zur Verfügung steht, künftig von der insgesamt erbrachten Leistung abhängen – eine Regelung, die Verdi bereits 2003 mit den Genossenschaftsbanken vereinbart hat. Darüber hinaus fordern die Bankenarbeitsgeber, das neue System mit einer Schlichtungsmöglichkeit auf Betriebsebene (zwingende Betriebsvereinbarung) einführen zu können. Außerdem soll der jetzige automatische Berufsjahresaufstieg umgestaltet werden, um mehr Leistungsgerechtigkeit unabhängig von Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit zu erreichen.

Die Arbeitgeber betonten ihre Bereitschaft zu einer Gehaltsanpassung mit Augenmaß, verwiesen jedoch auf die unsichere Marktlage. Thomas Christian Buchbinder, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken, erklärte: „Die Finanzkrise belastet zunehmend wichtige Marktsegmente und damit die Geschäftschancen deutscher Banken. In diesem schwierigen Umfeld brauchen wir einen beschäftigungsorientierten, moderaten Abschluss.“ Die Arbeitgeber verwiesen erneut darauf, dass der Reallohnzuwachs im privaten Bankgewerbe mit 6 Prozent seit der Jahrtausendwende deutlich über dem Durchschnitt in Deutschland liegt.

Zu den weiteren Forderungen, mit denen die Banken-Arbeitgeber in die Tarifverhandlungen gegangen sind, gehören die Ausweitung des Langzeitkonten-Tarifs und die unveränderte Festschreibung der bisherigen Regelung zur Samstagsarbeit. Gespräche über den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen lehnten die Arbeitgeber kategorisch ab. „Der Tarifvertrag schreibt Arbeitsbedingungen dauerhaft fest. Er taugt nicht als Instrument zur kurzfristigen Reaktion auf eventuelle Branchenentwicklungen“, sagte Heinz Laber. „Zudem haben wir bereits im Jahr 1983 ein Rationalisierungsschutzabkommen abgeschlossen, das den Beschäftigten im Rationalisierungsfall Schutz bietet.“

Seite 2

Beim Gesundheitsschutz und der betrieblichen Altersversorgung zeigten sich die Arbeitgeber zu gemeinsamen Erklärungen bereit, um die Bedeutung der Themen herauszustellen und die Unternehmen aufzufordern, hier weiterhin besonders aktiv zu sein.

Die Tarifverhandlungen werden am Dienstag, 22. Juli 2008, in Frankfurt/Main fortgesetzt.

Der AGV Banken führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken. Die Verhandlungsgemeinschaft vertritt die privaten Banken (darunter alle Großbanken) sowie die öffentlichen Banken (darunter Landesbanken, Förderinstitute der Bundesländer, Bausparkassen und einzelne Sparkassen) mit insgesamt rund 240.000 Beschäftigten.

*Dem AGV Banken gehören über 140 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit rund 163.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpolitischen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwaltungsstellen wahr. Der AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen. Vorsitzender des AGV Banken ist Heinz Laber, Mitglied des Vorstands der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG.*

*Der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken gehören 52 Mitgliedsinstitute des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, an, unter anderem Landesbanken, Förderinstitute der Bundesländer, Bausparkassen und einzelne Sparkassen. Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken ist Thomas Christian Buchbinder, Vorstandsvorsitzender der SaarLB.*

**Pressekontakt:**

Carsten Rogge-Strang  
Geschäftsführer im AGV Banken  
[carsten.rogge-strang@agvbanken](mailto:carsten.rogge-strang@agvbanken)  
Tel. (030) 5 90 01 12-74

Dr. Stephan Rabe  
Pressesprecher beim Bundesverband Öffentlicher Banken  
[presse@voeb.de](mailto:presse@voeb.de)  
Tel. (030) 8192 16-0